

## Kurzbericht „Palästina jenseits von Neoliberalismus, Besatzung und Krieg“

Die von **Helmut Krieger** (Universität Wien, VIDC/Wiener Institut) moderierte Veranstaltung wurde von **Magda Seewald** (VIDC/Wiener Institut) eröffnet.

Der Ökonom **Adam Hanieh** vom Department of Development Studies (SOAS, London) bezeichnete die Trennung und damit Verhinderung einer Einheit der PalästinenserInnen als „Logik des israelischen Kolonialismus“. Als typisch für das Palästina der letzten 30 Jahre sah Hanieh 1. eine neoliberale Tendenz, 2. wachsende intraregionale Kapitalströme, speziell aus den arabischen Golfstaaten und 3. einen Normalisierungsprozess zwischen Israel und anderen arabischen Staaten an.

Zu 1: Die gesamte Region, so Hanieh, sei in neoliberalen Politiken gefangen, wie etwa Privatisierungen, die Rücknahme von Subventionen, die Liberalisierung von Landbesitz zeigen würden. Dadurch sei die Region, v.a. Nordafrika, stark von der derzeitigen globalen Wirtschaftskrise betroffen. Eine Folge dieser Tendenz sei der wachsende Reichtum einer kleinen, von den Regimen unterstützten Elite auf der einen und zunehmend mehr armen Menschen auf der anderen Seite.

Zu 2: Die steigenden Kapitalströme vor allem von den Staaten des Gulf Cooperation Council führen zu einer Änderung der Besitzverhältnisse im Nahen Osten. Dabei geht der Großteil der Investitionen der Golfstaaten nach Jordanien, Ägypten, Palästina und Syrien. Hanieh brachte die neoliberale Politik mit diesen Investitionen in Verbindung.

Zu 3: Die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Israel und anderen arabischen Staaten steht für Hanieh in Verbindung zum Osloprozess. Die USA wollten mit der gesamten Region ein Freihandelsabkommen abschließen. Bedingung dafür war das Verbot eines Boykotts gegen israelische Waren. Sog. Qualified Industrial Zones (QIZ), die v.a. in Jordanien und Ägypten errichtet wurden, ermöglichten den freien Zugang zum US-Markt, wenn die exportierten Waren (v.a. Textilien) einen gewissen israelischen und ägyptischen Herkunftsanteil aufwiesen.

Was Palästina beträfe, so gebe es hohe Investitionen aus Golfländern. Die neoliberale Wirtschaftspolitik fände sich auch im Entwicklungsplan der Palästinensischen Autonomiebehörde wieder, der starke Ausgabenkürzungen vorsehe. Die QIZs, die am Rand der palästinensischen Gebiete angesiedelt sind, nutzen die billigen palästinensischen Arbeitskräfte. Auch in Palästina gehe die Arm-Reich-Schere auf, es gebe dagegen Proteste und Hungerstreiks. Seit einem Jahr agiere die Autonomiebehörde zunehmend repressiv. Die palästinensischen (politischen wie wirtschaftlichen) Eliten sieht Hanieh daher als Teil des Problems.

**Ghada Karmi** vom Institute of Arab and Islamic Studies (Exeter) stellte zuerst die im Friedensprozess (der 2011 gestoppt wurde) angestrebte Zweistaatenlösung vor. Während es in der Westbank 2,6 Mio. PalästinenserInnen gebe (bei 350.000 israelischen SiedlerInnen), würden nur 17 % des Gebiets alleine von der Autonomiebehörde kontrolliert, während 60 % der besetzten Gebiete unter alleiniger israelischer Kontrolle sind. In Gaza seien 80 % der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfe abhängig.

Die Friedensgespräche wurden 2011 gestoppt. Der israelische Siedlungsbau geht weiter. Es gebe aber keine effektive palästinensische Opposition gegen die israelische Politik, so Karmi. Die PLO, die noch alle PalästinenserInnen vertreten habe, sei de facto ausgelöscht. Es gebe im Konflikt ein Machtungleichgewicht. Wie sei unter diesen Bedingungen eine Zweistaatenlösung durchführbar?

Neben den Möglichkeiten, dass es zu keiner Änderung des Status Quo kommt und einer „israelischen Zweistaatenlösung“ (die mit einer Anbindung der Westbank an Jordanien und einer engen Anbindung des Gazastreifens zu Ägypten liebäugelt) stellte Karmi die „Einstaatenlösung“ vor. Israelis und PalästinenserInnen müssten sich demnach das Land und seine Ressourcen teilen, es müsste eine Demilitarisierung geben und den palästinensischen Flüchtlingen müsste ein Rückkehrrecht gewährt werden. Die besetzten Gebiete würden Teil des israelischen Staatsgebiets und für alle BewohnerInnen würden dieselben (einklagbaren) Rechte gelten, da auch die PalästinenserInnen die israelische Staatsbürgerschaft einfordern sollten. Das Ziel einer „Einstaatenlösung“ würde einen völlig verschiedenen Kampf erlauben. Ungleichbehandlung von PalästinenserInnen würde in einem solchen Kontext zur Apartheid. Als wichtige Hindernisse auf dem Weg dorthin sah Karmi u.a. die Kämpfe zwischen den unterschiedlichen palästinensischen Fraktionen, das Bedürfnis vieler PalästinenserInnen nach einer Trennung von Israel sowie der fehlende internationale Konsens für eine solche Lösung. Karmi sieht die „Einstaatenlösung“ nicht als eine ideale Lösung, aber es brauche in der derzeitigen furchtbaren Situation einen neuen Weg, den man beschreiten könne. Auch sie sieht die Autonomiebehörde und deren Privilegien als Teil des Problems. Es sollte eine Vertretung aller PalästinenserInnen geben. Natürlich werde sich Israel gegen eine solche Lösung stemmen, man müsse deren Regierung aber unter Zugzwang setzen.

Bericht: Martina Neuwirth